

REDE DES PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

HANS GERT PÖTTERING

EINIGKEIT IN FREIHEIT

60 JAHRE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND – 20 JAHRE

MAUERFALL IN BERLIN

DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG FÜR EUROPA

KONRAD ADENAUER STIFTUNG, BRÜSSEL

31.MÄRZ 2009

I.

Diese Begegnung ist für mich wirklich eine Herzensangelegenheit. Zum einen, weil die Konrad Adenauer Stiftung mit ihrem Büro in Brüssel die beste Tradition der deutschen Europapolitik verkörpert. Ich beglückwünsche die Konrad Adenauer Stiftung und ihre tüchtigen Mitarbeiter auch heute wieder gerne zu diesem wichtigen Beitrag für die Zukunft Europas.

Zum zweiten, weil die CDU Brüssel der überzeugende Ausdruck dafür ist, dass die Christlich Demokratische Union Deutschlands *die* deutsche Europapartei ist und bleibt. Ich ermutige alle engagierten CDU Mitglieder hier in Brüssel und überall in Deutschland, im bevorstehenden Wahlkampf zum Europäischen Parlament die Europafahne sichtbar hoch zu halten – dann werden wir wieder stärkste Fraktion im Europäischen Parlament werden.

Zum dritten schließlich ist diese heutige Begegnung für mich eine Herzensangelegenheit, weil der Zusammenhang, über den wir heute Abend sprechen, aus Sicht von uns Deutschen der Kern unseres anhaltenden Engagements für die Einigung Europas betrifft.

Wir Deutsche haben Europa viel zu verdanken. Nach dem tiefen moralischen Absturz Deutschlands unter dem verbrecherischen Regime der Nationalsozialisten haben andere Europäer unserem Volk die Hand zur Versöhnung ausgestreckt, allen voran Robert Schuman und Charles de Gaulle.

Unter der Führung von Konrad Adenauer haben wir Deutsche aus tiefster Überzeugung den Weg in das Wunderwerk der europäischen Einigung gewählt.

Mit allen anderen Partnern zusammen haben wir in sechzig Jahren einen historisch einzigartigen Erfolg erarbeitet: Frieden und Wohlstand in Freiheit. Wir haben als Magnet für die Völker und Staaten gewirkt, denen es lange Zeit versagt war, am europäischen Einigungswerk mitzuarbeiten. Heute sind wir, wie es so schön und zutreffend in der Berliner Erklärung vom 25. März 2007 formuliert ist, zu unserem Glück in der Europäischen Union vereint. Wir sind eine europäische Familie, mit allen Höhen und Tiefen einer Familie.

II.

Was ist der politische Kern der beiden großen historischen Daten, an die wir in der heutigen Veranstaltung erinnern? 60 Jahre Grundgesetz, 20 Jahre Fall der Berliner Mauer – beide Ereignisse stehen in einem inneren Zusammenhang und sie sind nicht zu denken ohne Bezug zu Europa. Ein Symbol dafür ist sicherlich die „Wandlung“ des Artikels 23 des Grundgesetzes.

60 Jahre Grundgesetz – das ist die unverbrüchliche Bindung Deutschlands an die Ordnung des Rechts, der Demokratie und der Freiheit, die zum Wesen des politischen Westens gehört. 60 Jahre Grundgesetz – das ist die erfolgreichste Verbindung von freiheitlicher politischer Ordnung und freiheitlicher, zugleich sozial verantworteter Wirtschaftsordnung. Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht irgendein Wirtschaftskonzept. So wie die Verfassung die Grundlage eines jeden Staates ist, so ist die Wirtschaftsordnung die Grundlage einer jeden Volkswirtschaft. Die freiheitliche Verfassung des Grundgesetzes und die Soziale Marktwirtschaft gehören auf das Engste zusammen.

Nur wenn wir beides zusammen denken, verstehen wir den Erfolg des deutschen Wiederaufbaus nach 1945. Damit ist aber auch klar: Nur wenn wir beides auch in Zukunft zusammenhalten, werden wir die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise meistern. Die Soziale Marktwirtschaft ist der Kompass, um ordnungspolitisch die Herausforderungen dieser Krise zu meistern. Die Soziale Marktwirtschaft ist zu Recht das ordnungspolitische Konzept, dem wir auch in der Europäischen Union folgen müssen. Es ist zu Recht das ordnungspolitische Konzept, das die Konrad Adenauer Stiftung mit vielen Partnern in aller Welt fördert. Denn es ist das erfolgreichste Ordnungskonzept, um Freiheit und Gerechtigkeit zum Wohle des Menschen zu verbinden.

Mit der Ordnung des Grundgesetzes haben wir Deutsche uns ein für allemal der politischen Gemeinschaft der westlichen Demokratien angeschlossen. Dies ist nicht allein eine verfassungstheoretische Entscheidung gewesen. Die Ordnung des Grundgesetzes ist die Entscheidung für eine neue politische Kultur in Deutschland. Weil dies so war, konnte die Ordnung des Grundgesetzes auch die Antwort auf den Fall der Berliner Mauer werden.

20 Jahre Fall der Berliner Mauer – es kommt uns häufig so vor, als sei dieses große weltgeschichtliche Ereignis gerade eben erst geschehen. Und zugleich ist so vieles seit 1989 passiert, dass es uns manchmal wieder vorkommt als sei 1989 schon entrückt in die Tiefe der Geschichte.

Wir erinnern uns an den Fall der Berliner Mauer vor allem dadurch, dass wir an die Menschen denken, die den Fall dieses Symbols brutalster Teilung friedlich erstritten haben. Zugleich gedenken wir derer, die durch die Teilung Berlins und die Teilung Deutschland gelitten haben. Vor allem gedenken wir derer, die an der Berliner Mauer und an der innerdeutschen Grenze ihr Leben verloren haben.

Die DDR war ein brutaler Unrechtsstaat und es darf niemals erlaubt werden, diesen Unrechtsstaat zu verharmlosen! Wir, die CDU Deutschlands, werden uns diesem Versuch jederzeit widersetzen, denn wir wissen, was wir den Opfern dieses Unrechtsstaates schuldig sind. Wir sind die Partei der Menschenrechte, auch und gerade in unserem eigenen Volk!

Die große deutsch-jüdische Philosophin Hannah Arendt hat uns ihre Einsichten in den Charakter totalitärer Systeme hinterlassen. Ich bekenne mich ausdrücklich zur Totalitarismus-Theorie, die sie entwickelt hat. Sie hat die nationalsozialistische Diktatur beschrieben und sie hat die kommunistische Diktatur beschreiben. Beides waren fürchterliche, menschenverachtende Systeme. Beides darf in Europa nie wieder vorkommen. Das zu garantieren, ist unser politischer Auftrag und unser wichtigster Beitrag, um alle Opfer totalitärer Herrschaft für immer zu ehren.

Hannah Arendt hat uns eine weitere kluge und bedenkenswerte Erkenntnis hinterlassen. Wir neigen dazu, Revolutionen mit linker Ideologie und mit gewalttätigen Veränderungen zusammenzudenken. Nein, sagte Hannah Arendt, Revolutionen sind nur dann diesen Namen wert, wenn sie uns wieder an den Ausgangspunkt der menschlichen Sehnsucht zurückführen – zur Freiheit. Nur wo dies gelingt, kann man von einer guten Revolution sprechen, sagte Hannah Arendt. In genau diesem Sinne war die friedliche Revolution von 1989 eine gute Revolution: Sie hat für die Menschen in der DDR und in so vielen anderen Ländern Mittel- und Osteuropas die Tür zur Freiheit aufgestoßen.

Für uns in Deutschland war die politisch richtige Antwort darauf die Ordnung des Grundgesetzes. Auch alle anderen postkommunistischen Staaten haben sich eine Ordnung der Freiheit und des Rechts gegeben. In der Einigung Europas lag und liegt die logische Verknüpfung der deutschen Revolution und der Überwindung des Kommunismus in unseren östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten. Polen und Ungarn, Lettland und Litauen, Estland und Tschechien, die Slowakei und Slowenien, Rumänien und Bulgarien waren schon immer europäische Staaten.

Aber erst als Staaten der Freiheit, der Demokratie und des Rechts konnten sie zur Europäischen Union dazu stoßen. Wir haben sie mit offenen Armen aufgenommen, zu Recht und im tiefen Geist europäischer Solidarität. Jetzt warten wir auf die baldige Mitgliedschaft Kroatiens und der anderen Staaten Südosteuropas, denn auch diese Völker gehören zur europäischen Familie der freien Staaten. Dabei müssen wir aber bedenken, dass es keine Erweiterung geben kann ohne Vertiefung.

III.

Seit 1989 haben wir in Europa auf ungeahnte Weise einen Zuwachs an Freiheiten erlebt. Dazu gehört auch die Freiheit, sich skeptisch zum grossen Werk der europäischen Einigung zu äussern. Skepsis ist eine gute europäische Geistestradiation, die uns davor hütet, selbstgerecht zu werden. Aber Skepsis darf nicht überzogen werden, sonst wird sie ihrerseits unredlich und selbstgerecht. Es ist daher eine berechnigte Sache, Fehlentwicklungen in der Europäischen Union zu benennen.

Es ist aber eine gänzlich andere Sache, das Kind mit dem Bade auszuschütten und die Europäische Union zu torpedieren. Ich will mich nicht über einen besonders prominenten Disput der letzten Monate auslassen. Aber eines muss klar sein, in aller Freundschaft zu jedem Mitgliedsstaat der Europäischen Union und zu jedem Staatspräsidenten der Europäischen Union: Solidarität in der Europäischen Union ist keine Einbahnstrasse.

Das ist die Erbschaft der friedlichen und vor allem freiheitlichen Revolution von 1989: Wir arbeiten an einem Europa der Solidarität und der Partnerschaft – untereinander und mit der Welt, von der ein Teil wir sind. Dies geht nur, wenn wir bereit sind, Kompromisse zu schliessen. Es geht aber nicht, wenn einzelne Länder oder Gruppen alle anderen zur Geisel nehmen wollen. Wir müssen immer wieder um den besten Weg ringen. Aber wir dürfen nie zulassen, dass wir uns gegenseitig Respekt versagen oder eine pointierte Meinung allen anderen aufzuzwingen versuchen.

Deshalb plädiere ich auch von dieser Stelle aus leidenschaftlich dafür, dass der Reformvertrag von Lissabon in Tschechien und in Irland hoffentlich recht bald ratifiziert wird. Auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts steht an; ich bin überzeugt, dass diese positiv ausfallen wird. Der Reformvertrag ist ein außergewöhnliches Gemeinschaftswerk. Alle Gesichtspunkte und Meinungen wurden gehört und berücksichtigt. Alle Beteiligten haben Kompromisse machen müssen.

Dann aber haben alle Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten den Reformvertrag unterschrieben. Es gehört zur Berechenbarkeit in der Ordnung der Freiheit dazu, dass wir alle uns auf die Unterschrift einer jeden Regierung eines EU-Mitgliedslandes verlassen können. Deshalb sollte die Ratifizierung des Reformvertrages in Tschechien und in Irland im Einklang mit den verbindlichen Zusagen der beiden Partnerregierungen rasch erfolgen. Nur so kann Solidarität in der Europäischen Union wachsen und Bestand haben.

Ich bin überzeugt, dass der Reformvertrag mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Effizienz für die Europäische Union bringen wird. Der Reformvertrag bündelt die Erfahrungen, die wir in Deutschland mit dem Grundgesetz und alle anderen EU-Partnerländer mit ihren freiheitlichen nationalen Verfassungen gemacht haben.

Der Reformvertrag ist zugleich die gemeinsame europäische Antwort auf den revolutionären Aufbruch zur Freiheit, den wir 1989 erleben durften. Der Reformvertrag macht die Europäische Union fit als Ordnung des Rechts, der Freiheit und der Demokratie für die Welt der Globalisierung, in der wir uns heute bereits in so vielfältiger Weise befinden und die immer mehr unsere Zukunft bestimmen wird.

Die Globalisierung hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine kulturelle und religiöse Komponente. Einige sprechen dabei von einem kommenden "Clash of civilisations". Diesen müssen wir verhindern und Voraussetzung dafür ist gegenseitige Toleranz zwischen den Zivilisationen untereinander.

Als ich bei meiner Reise auf der arabischen Halbinsel im Oman in Maskat in der katholischen Kirche eine Messe besuchte, fiel mir auf, dass die Christen dort auch für den Sultan gebetet haben. Auf meine Frage antworteten sie mir: „Wir beten für ihn, weil er es uns ermöglicht, unseren Glauben auszuüben. Er hat uns sogar beim Aufbau unserer Kirche unterstützt.“

Ein Gegenbeispiel zu dieser vorbildlichen Toleranz erlebte ich in Saudi-Arabien, wo es nicht eine einzige christliche Kirche gibt. Bei meinen Treffen sprach ich mich für Freiheit der Christen in Arabien aus. Die Antwort aber lautete stets: „Im Vatikan gibt es auch keine Moscheen.“, worauf ich erwiderte, dass man den Vatikan doch nicht mit einem Land mit hunderttausenden christlicher Arbeitskräfte vergleichen könne. Wenn dies lediglich für Mekka oder Medina gälte, könnte ich das vielleicht noch verstehen, aber nicht für das gesamte Land!

Der kulturelle Dialog ist eine große Herausforderung. Dabei ist Toleranz aber keine Einbahnstraße und wir müssen auch bereit sein, unsere europäischen Werte zu verteidigen.

Zum Schluss noch ein Wort zum Europawahlkampf: 2009 jährt sich der dreißigste Geburtstag des Europäischen Parlaments als einzige direkt gewählte demokratische Institution der Europäischen Union.

Wenn mir jemand 1979 bei meiner ersten Wahl ins Europäische Parlament gesagt hätte, dass im Juni 2009 375 Millionen aus 27 Mitgliedstaaten, inklusive der Länder des ehemaligen Warschauer Paktes und die Menschen eines vereinten Deutschlands, zusammen an der Wahl für das Europäische Parlament teilnehmen würden, dann hätte ich wahrscheinlich geantwortet, dass dies ein wunderschöner Gedanke sei, doch dass ich dessen Erfüllung in meiner Lebenszeit wahrscheinlich nicht erleben würde.

Doch in diesem Jahr 2009 feiern wir fünf Jahre Erweiterung der Europäischen Union und zwanzig Jahre des größten Wunders unserer Generation, der Wiedervereinigung unseres Kontinents.

Heute steht dieses Europäische Parlament im Zentrum einer europäischen parlamentarischen Demokratie, von der wir 1979 nur träumen konnten.

Ich selbst bin seit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 Abgeordneter des Europäischen Parlamentes. Damals hatte das Europäische Parlament keine Gesetzgebungsbefugnisse.

Heutzutage werden nur sehr wenige Beschlüsse in der Europäischen Union ohne ausdrückliche Zustimmung des Europäischen Parlaments als gleichberechtigter Gesetzgeber mit dem Ministerrat gefasst. Mit dem Vertrag von Lissabon wird sich dieser Anteil der Mitentscheidungsmaterien auf nahezu hundert Prozent erhöhen.

Das Erreichte sollten wir als Beispiel nehmen, dass in der Krise auch eine Chance für uns liegen kann.

Auf dem Weg, der vor uns liegt, wird die CDU Brüssel, wird die Konrad Adenauer Stiftung und wird die CDU Deutschlands eine wichtige Aufgabe zu leisten haben. Wir müssen unsere europäischen Überzeugungen immer wieder als Ausdruck unseres ureigensten deutschen Patriotismus betonen. Wir dürfen das Erreichte nicht vergessen oder kleinreden. Wir müssen wachsam sein gegenüber jeder Art von kurzfristigem Populismus. Wir sollten allen anderen politischen Überzeugungen mit Respekt begegnen, so wie wir auch für uns selbst Respekt einfordern.

Wir können aber nie genug tun, um den Menschen zu sagen, wofür wir Politik machen und wohin wir mit ihnen gehen wollen. Das ist die große Aufgabe des Wahlkampfes zum Europäischen Parlament. Die Bürgerinnen und Bürger Europas haben die Wahl. Wir, die wir uns um politische Verantwortung bewerben, haben die Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass und warum sie ihr Wahlrecht auch ausüben sollen. Helfen Sie alle mit, damit 2009 ein gutes Jahr in der Geschichte der Europäischen Union wird.